

INHALT

1. Landtag diskutiert erneut über Gottesbezug
2. SPD, Grüne und SSW lehnen Umstrukturierung der Planungsbehörde ab
3. Callsen: Regierungsfaktionen wollen Betriebsräte zu staatlichen Kontrollinstanzen machen
4. SPD, Grüne und SSW weiten Subventionsberichterstattung deutlich aus
5. CDU-Fraktion unterstützt Schäubles Aktionsplan gegen Steuerhinterziehung
6. CDU fordert Investitionen in Infrastruktur und bessere Aus- und Weiterbildung

29.04.2016

Landtag diskutiert erneut über Gottesbezug CDU-Fraktionschef wirbt für eine breite Unterstützung

Nachdem die Aufnahme eines Gottesbezuges in die schleswig-holsteinische Landesverfassung vor zwei Jahren an der nötigen Zweidrittelmehrheit im Landtag gescheitert war, befasste sich das Parlament heute erneut mit dem Thema. Grund dafür waren mehr als 40.000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, die sich in einer Volksinitiative für den Gottesbezug ausgesprochen hatten.

In seiner Rede dankte der CDU-Fraktionsvorsitzende und kirchenpolitische Sprecher, Daniel Günther, den Initiatoren und warb zugleich im Landtag für eine breite Unterstützung der neuen Formulierung: „In Achtung der Verantwortung, die sich aus dem Glauben an Gott oder aus anderen universellen Quellen gemeinsamer Werte ergibt...“ zuzustimmen.

Günther machte gleichzeitig deutlich, dass er den Wortlaut des Grundgesetzes „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ sowie einen vorangegangenen Vorschlag der Volksinitiative für geeignetere Formulierungen eines Gottesbezuges halte. Der neue Vorschlag erlaube es hingegen auch früheren Kritikern, sich der Initiative anzuschließen.

„Wir sind schon die größten Schritte hin zu einer breit getragenen Mehrheit gegangen und auch den Kritikern entgegenkommen, die beim letzten Mal nicht zustimmen konnten“, so der Fraktionsvorsitzende. Damit die nötige Zweidrittelmehrheit gefunden werden kann, bot Günther weitere Gespräche zwischen den Fraktionen an.

Die neue Formulierung, die von 31 Abgeordneten von CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW eingereicht worden war, ist das Ergebnis eines längeren Gesprächsprozesses, an dem auch die

Initiatoren der Volksinitiative beteiligt waren

Für die nötige Zweidrittelmehrheit müssen mindestens 46 der 69 Abgeordneten für den Antrag stimmen, der im Juni in Zweiter Lesung abschließend beraten werden soll.

Antrag mit der Kompromissformel für einen Gottesbezug:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4100/drucksache-18-4107.pdf>



Der Fraktionsvorsitzende Daniel Günther

SPD, Grüne und SSW lehnen Umstrukturierung der Planungsbehörde ab CDU warnt vor weiteren Verzögerungen beim Bau großer Verkehrsprojekte



Hans-Jörn Arp, Parlamentarischer Geschäftsführer

Die Regierungsfractionen haben heute den Antrag der CDU-Fraktion auf Umstrukturierung der Planungsbehörde im Verkehrsministerium abgelehnt. Der von SPD, Grünen und SSW im Landtag gefasste Beschluss (Link siehe unten) sieht keinerlei Maßnahmen und auch keine personellen Verstärkungen im Landesbetrieb oder auch nur zusätzliche Mittel zur Fremdvergabe von Planungsleistungen vor.

In seinem Debattenbeitrag hatte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, zuvor seine Forderung nach einer Umstrukturierung der Planungsbehörde des Landes bekräftigt. Der Bundesverkehrswegeplan sehe bis 2030 mit der Fehmarnbeltquerung, der

Hinterlandanbindung, der A20 und 21 sowie der B 5 den Bau von Riesenprojekten vor, die Schleswig-Holsteins Verkehrsnetz endlich bedarfsgerecht ausbauen würden. „Da geht es um Milliardeninvestitionen. In keinem Bundesland wird so viel Geld investiert. Der immer wieder von SPD und Grünen geäußerte Vorwurf, es sei kein Geld da, ist falsch. Der politische Wille der Koalition auf Bundesebene ist da“, so Arp.

Aufgabe des Landes sei es, diese Chance zu nutzen. Das werde mit der derzeitigen Struktur der Planungsbehörden nicht gelingen. Deshalb hätte Verkehrsminister Meyer seine Planungsbehörde längst umstrukturieren müssen. In seiner vierjährigen Amtszeit habe dieser nichts getan, um die bekannten Schwachstellen zu beheben.

Arp bemängelte, dass auch die DEGES nicht stärker in Planungsarbeiten eingebunden wurde. „Die hat in Mecklenburg-Vorpommern gezeigt, dass sie es kann. Dort war die A20 nach acht Jahren fertig“.

Beschluss der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4000/drucksache-18-4093.pdf>

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4100/drucksache-18-4100.pdf>

Callsen: Regierungsfractionen wollen Betriebsräte zu staatlichen Kontrollinstanzen machen CDU fordert striktere Kontrollen von Behörden statt Hobbypolizisten



Wirtschaftsexperte Johannes Callsen, MdL

Der wirtschaftspolitische Sprecher, Johannes Callsen, begründete in der heutigen Landtagssitzung einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur rot/grün/blauen Initiative zur Verhinderung von Lohndumping in Schlachthöfen.

Callsen warf der Regierung vor, bewusst einen neuen Skandal in den schleswig-holsteinischen Schlachthöfen zu konstruieren. Dabei verwies er auf die widersprüchliche Haltung der Koalition. Während sich die Regierungsfractionen für die Schlachter einsetzten, kämpfte Umweltminister Robert Habeck mittlerweile öffentlich gegen die Tötung von Nutztieren. „Habeck attestiert der Tierhaltung in Schleswig-Holstein ein grundsätzliches Rechtfertigungsproblem. Entweder will er damit die Schleswig-Holsteiner zu Pflichtvegetariern machen, oder eine Fleischimportquote von 100 Prozent erreichen. In jedem Fall vernichtet er damit die Arbeitsplätze der Schlachter“, so Callsen.

In ihrem Antrag forderten die Regierungsfractionen, dass Betriebsräte Kontrollpflichten- und aufgaben des Staates übernehmen sollen. „Wir brauchen keine Betriebsräte als Hobbypolizisten“, sagte Callsen. „Die Behörden sind dazu da, um Missbräuche und Verstöße, wie zum Beispiel den Missbrauch von Werkverträgen, festzustellen“, so Callsen weiter.

Stattdessen benötige es gemeinsame Anstrengungen aller gesellschaftlichen Gruppen und striktere Kontrollen, um Missbrauch von Werkverträgen wirksam zu verhindern. „Verfehlungen einzelner oder auch von Branchen in der Vergangenheit dürfen nicht dazu führen, dass wichtige Arbeitsmarktinstrumente per se in Frage gestellt werden. Dazu gehören einerseits die Zeitarbeit, die nicht überreguliert werden darf, andererseits die Werkverträge. Wo Werkvertrag draufsteht, muss auch Werkvertrag drin sein. Die CDU hält es deswegen schlicht für nicht angebracht, einzelne Branchen an den Pranger zu stellen und damit Werkverträge generell in Frage zu stellen.“ so Callsen.

Link zum Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4100/drucksache-18-4105.pdf>

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4100/drucksache-18-4130.pdf>

SPD, Grüne und SSW weiten Subventionsberichterstattung deutlich aus Sönnichsen: Zusätzliche Bürokratie ohne Mehrwert



Peter Sönnichsen, MdL

SPD, Grüne und SSW haben heute beschlossen, die 2004 abgeschafften Subventionsberichte der Landesregierung wieder einzuführen. Sie sollen darüber hinaus um zahlreiche Kriterien ergänzt werden (siehe Link).

Für die CDU-Fraktion begründete Redner Peter Sönnichsen die Ablehnung. „Ein Mehrwert ist selbst beim besten Willen nicht erkennbar, es wird mehr statt weniger Bürokratie produziert. Sie schränken zwar die Anzahl der zu überprüfenden und aufzulistenden Vorgänge ein, wollen in den Subventionsberichten neben den wirtschaftlichen Aspekten aber auch eine Analyse sozialer, gleichstellungspolitischer und ökologischer Folgerungen sowie die Bewertung der Auswirkungen jeder einzelnen Subvention auf Verkehrs- und Standortentwicklungen und vieles mehr“, so Sönnichsen.

Es sei fraglich, ob die Landesregierung zu diesen Berichten überhaupt in der Lage sei. „Wenn Sie die in ihrer Beschlussempfehlung enthaltenen Ziele tatsächlich wollen, müssen sie erst mal

dafür sorgen, dass diese Gegenstand der Förderbedingungen werden, erst dann sind diese messbar“, forderte Sönnichsen.

Die ständige Evaluierung der Programme, ihrer Ziele und Erfolge sei Sache der Landesregierung. Die regelmäßige Prüfung einzelbetrieblicher Förderungen im Interesse fairen Wettbewerbs und der Chancengleichheit unter Wahrung berechtigter Interessen der Fördernehmer sei durch entsprechende Berichte der Landesregierung, selbsttätig oder gegebenenfalls nach Anforderung des Landtages oder eines Ausschusses jederzeit möglich.

Zur Berichts- und Beschlussempfehlung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4000/drucksache-18-4066.pdf>

CDU-Fraktion unterstützt Schäubles Aktionsplan gegen Steuerhinterziehung Koch kritisiert populistische Forderungen von SPD, Grünen und SSW



Finanzexperte Tobias Koch

Heute debattierte der Landtag auf Antrag der Regierungsfractionen über Konsequenzen aus den „Panama Papers“. Genau wie der SPD-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel forderte SPD-Fraktionschef Stegner heute im Landtag das weltweite Verbot anonymer Briefkastenfirmen. CDU-Finanzexperte Tobias Koch wies in seiner Rede diese Forderung als reinen Populismus zurück. Das werde auch daraus deutlich, dass sich diese noch nicht einmal im Antrag von SPD, Grünen und SSW wieder finde.

Koch stellte sich voll hinter den Kurs von Bundesfinanzminister Schäuble. Zurückgehend auf dessen gemeinsam mit seinem britischen Amtskollegen Georg Osborne entwickelten Vorschlag hätten sich im Oktober letzten Jahres 62 Staaten auf konkrete Maßnahmen verständigt, wie einem solchen schädlichen Steuerwettbewerb und der dadurch ermöglichten aggressiven Steuergestaltung von Konzernen entgegengewirkt werden kann.

Nach der Veröffentlichung der Panama Papers stehe jetzt wieder eine Initiative von Wolfgang Schäuble im Mittelpunkt, der von ihm vorgelegte Zehn-Punkte-Aktionsplan. „Dessen Kernstück ist ein weltweites Firmenregister, welches die Identifizierung der wirtschaftlichen Berechtigten ermöglichen soll und damit anonymen Briefkastenfirmen die Grundlage entzieht“, so Koch.

Im Kampf gegen Steuerhinterziehung sei damit in den letzten drei Jahren mehr erreicht worden als in den drei Jahrzehnten zuvor.

Der Antrag der Regierungsfractionen schieße an machen Stellen weit übers Ziel hinaus. Die Forderung nach einem Entzug der Banklizenz für das Fehlverhalten Einzelner sei nichts anderes als eine Kollektivstrafe. Genau so unbedacht erscheine die Forderung nach einer völlig veränderten Besteuerung von Unternehmensgewinnen.

Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4100/drucksache-18-4104.pdf>

Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4100/drucksache-18-4126.pdf>

CDU fordert Investitionen in Infrastruktur und bessere Aus- und Weiterbildung Austausch mit Handwerksvertretern im Landeshaus



Die Teilnehmer der Gesprächsrunde

Am Freitag vergangener Woche traf sich der Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Daniel Günther mit dem Landeshandwerksrat Schleswig-Holstein getroffen. „Der enge, intensive und konstruktive Austausch in regelmäßigen Abständen mit den Vertretern des Handwerks in Schleswig-Holstein ist der CDU-Fraktion ein großes Anliegen“, betonte Günther.

Themen waren die Qualifizierung und Integration von Flüchtlingen sowie die Aktivitäten des Handwerks zur Fachkräftesicherung. Darüber hinaus wurden die neuen Zertifizierungspflichten für holzverarbeitende Betriebe, das Markterkundungsverfahren zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge, sowie die Instandsetzung und der Ausbau der Infrastruktur in Schleswig-Holstein diskutiert.

Schwerpunkte einer zukunftsgerichteten Mittelstandspolitik seien aus Sicht von Daniel Günther mehr Investitionen und die Wertigkeit von Bildungsabschlüssen, damit junge Menschen eine Chance auf eine Ausbildung und einen Berufsabschluss haben.

Zur Zeit liegt die Investitionsquote des Landes zwischen 6,1 und 7,4 Prozent für die Jahre 2016 und 2017. Die Koalition aus SPD, Grünen und SSW habe damit die Zukunftschancen Schleswig-Holsteins sträflich vernachlässigt. „Wir müssen so schnell wie möglich zurück zu einer Investitionsquote von 10 Prozent. Nur das sichert langfristig unseren Wohlstand“, forderte Günther.

Johannes Callsen dankte dem Handwerksrat für die konstruktive Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens zur Entlastung des Mittelstands.

„Die CDU will und wird das Handwerk und den Mittelstand von Bürokratie entlasten. Wir haben mit unserer Gesetzesinitiative zur „Entlastung des Mittelstandes“ neue Impulse für eine zukunftsgerichtete Mittelstandspolitik in Schleswig-Holstein gesetzt. Hierzu gehört eine stärkere Beteiligung der Kammern genauso wie die Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung“, so Callsen abschließend.

Von Seiten des Handwerks haben am Gespräch Jörn Arp, Präsident Handwerkskammer Flensburg, Udo Hansen, Hauptgeschäftsführer Handwerkskammer Flensburg, Günther Stapelfeldt, Präsident Handwerkskammer Lübeck, Andreas Katschke, Hauptgeschäftsführer Handwerkskammer Lübeck, Christian Langner, stellv. Präsident Handwerk Schleswig-Holstein e. V. und Tim Brockmann, Geschäftsführer Handwerk Schleswig-Holstein e. V. teilgenommen.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de